



# Niederschrift

über die Sitzung

des Haupt- und Personalausschusses

am 25.07.2018

## **Anwesend**

### **Vorsitz**

Michael Ebling

### **Mitglieder**

Dr. Gerd Eckhardt  
Sabine Flegel  
Sascha Fricke (Vertretung für Marc-Antonin Bleicher)  
Alexandra Gill-Gers  
Dr. Brian Huck  
Martin Kinzelbach  
Daniel Köbler, MdL  
Sylvia Köbler-Gross  
Walter Koppius  
Martina Kracht  
Kurt Mehler  
Anette Odenweller (Vertretung für Klaus Hafner)  
Ingrid Pannhorst (Vertretung für Dr. Claudius Moseler)  
Dr. Christine Pohl  
Jasper Proske  
Hannsgeorg Schönig  
Norbert Solbach (Vertretung für Wolfgang Reichel)  
Heinz-Werner Stumpf  
Christian Viering

### **Schriftführung**

Christoph Sell

### **Entschuldigt fehlen**

Marc-Antonin Bleicher  
Klaus Hafner  
Dr. Claudius Moseler  
Wolfgang Reichel

## Tagessordnung

### a) öffentlich

1. Dezernatsverteilung  
Vorlage: 1130/2018
2. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;  
hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoringleistungen,  
Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen  
Vorlage: 1133/2018
3. Feuerwache II, Büroausbau;  
hier: außerplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: 1136/2018
4. Bereitstellung von zusätzlichen investiven Haushaltsmitteln für Maßnahmen in den  
Außengeländen der städtischen Kindertagesstätten  
Vorlage: 1154/2018
5. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 199.000 € sowie die Bereitstellung  
einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 92.250 € für die Maßnahme "Effizientes  
Verkehrsmanagement durch Verkehrsdatenerfassung und Vernetzung"  
Vorlage: 1174/2018
6. Gemeindliche Forstwirtschaft;  
hier: Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer kommunalen Holzvermarktungs-  
GmbH/Beteiligung des Zweckverbandes zur Erhaltung des Lennebergwaldes (ZL) an  
dieser kHV-GmbH einschließlich Übertragung der Aufgaben der Holzvermarktung  
Vorlage: 1004/2018
7. Green City Masterplan M<sup>3</sup>  
Vorlage: 1165/2018
8. Verbesserung der Schutzwirkung des Fluglärmgesetzes (FluglärmG);  
hier: Stellungnahme zum Entwurf eines Berichtes der Bundesregierung zur Evaluierung  
des Fluglärmgesetzes  
Vorlage: 1132/2018
9. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2018
10. Mitteilungen

### b) nicht öffentlich

11. Vergabeangelegenheiten
12. Personalangelegenheiten
13. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Auf Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Ebling stimmen die Anwesenden der Behandlung des Punktes 7 zu Beginn der Sitzung zu.

Herr Mehler bittet um Mitteilung, ob Punkt 11 entgegen der Tagesordnung in öffentlicher Sitzung behandelt werden könne. Hierzu verweist der Vorsitzende auf die Regelungen in der Geschäftsordnung, wonach der Ausschluss der Öffentlichkeit bei Vergabeangelegenheiten geboten sein kann. Auf Nachfrage von Herrn Mehler wird zugesichert, den Fraktionen eine entsprechende Begründung zur Verfügung zu stellen. Zum Hintergrund der Vorlage unter Punkt 11.5 schlägt der Vorsitzende vor, dass der Liegenschaftsdezernent in der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses Erläuterungen gibt.

Weitere Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## öffentlich

### Punkt 7                    Green City Masterplan M<sup>3</sup> Vorlage: 1165/2018

Nach einleitenden Worten von Herrn Oberbürgermeister Ebling stellt Herr Dr. Walter (Benz und Walter GmbH) die wesentlichen Punkte des Entwurfs anhand einer PowerPoint-Präsentation dar. Im Verlaufe der anschließenden Diskussion werden ergänzende Fragen aus den Reihen des Gremiums beantwortet.

Herr Schönig weist darauf hin, dass es keine Verpflichtung hinsichtlich der Realisierung, verbundener Kosten und Fristen gebe und die Entscheidung zur künftigen Realisierung der einzelnen Maßnahmen beim Stadtrat liege.

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt sodann einstimmig den Entwurf „Green City Masterplan M<sup>3</sup>“ mit den vorgelegten Maßnahmenbündeln und Maßnahmen als Basis für die weiteren Arbeiten und Förderanträge der Verwaltung und stadtnahen Gesellschaften zur Reduktion der Stickoxidbelastungen in der Außenluft.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.07.2018.

**Punkt 1**            **Dezernatsverteilung**  
**Vorlage: 1130/2018**

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt der Änderung der Dezernatsverteilung mit Wirkung vom 25.07.2018 bis zum Ende des Mutterschutzes von Frau Beigeordneten Eder gemäß § 50 Abs. 4 S. 4 GemO einstimmig zu. Nach Beendigung des Mutterschutzes tritt wieder der Dezernatsverteilungsplan, Stand 01.07.2017, in Kraft.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.06.2018.

**Punkt 2**            **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**  
**hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoring-**  
**leistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**  
**Vorlage: 1133/2018**

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen der Annahme der Zuwendungen gemäß beiliegender Liste zuzustimmen.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.06.2018.

**Punkt 3**            **Feuerwache II, Büroausbau;**  
**hier: außerplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2018**  
**Vorlage: 1136/2018**

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt einstimmig die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 230.000 EUR im Haushaltsjahr 2018 beim Projekt „Feuerwache II, Büroausbau“.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.06.2018.

**Punkt 4**            **Bereitstellung von zusätzlichen investiven Haushaltsmitteln für Maßnahmen**  
**in den Außengeländen der städtischen Kindertagesstätten**  
**Vorlage: 1154/2018**

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 70.750 EUR im Haushaltsjahr 2018.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.07.2018.

**Punkt 5**            **Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 199.000 EUR sowie die Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 92.250 EUR für die Maßnahme "Effizientes Verkehrsmanagement durch Verkehrsdatenerfassung und Vernetzung"**  
**Vorlage: 1174/2018**

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt einstimmig die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 199.000 EUR sowie die Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 92.250 EUR für die Maßnahme „Effizientes Verkehrsmanagement durch Verkehrsdatenerfassung und Vernetzung“.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.07.2018.

**Punkt 6**            **Gemeindliche Forstwirtschaft;**  
**hier: Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer kommunalen Holzvermarktungs-GmbH/Beteiligung des Zweckverbandes zur Erhaltung des Lennebergwaldes (ZL) an dieser kHV-GmbH einschließlich Übertragung der Aufgaben der Holzvermarktung**  
**Vorlage: 1004/2018**

Der Haupt- und Personalausschuss fasst ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Mainz unterstützt grundsätzlich die Absicht des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz (GStB) kommunale Holzvermarktungs-GmbHs (kHV-GmbH) zu gründen. Der konkreten Zustimmung bedarf es bei Vorliegen detaillierter Planungen zur Gründung der Holzvermarktungs-GmbHs (kHV-GmbH).
2. Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt, vorbehaltlich der noch vorzulegenden Unterlagen (siehe 1.), den von der Stadt Mainz entsandten Mitgliedern in der nächsten Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes zur Erhaltung des Lennebergwaldes (ZL) folgende Beschlüsse zu fassen:
  - a) der ZL erklärt seinen Beitritt als Gesellschafter in einer noch zu errichtenden kHV-GmbH (für den Bereich der Holzvermarktungsregion Pfalz);
  - b) die Aufgaben der Holzvermarktung ab dem Jahre 2019 werden der vorgenannten kHV-GmbH übertragen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.05.2018.

**Punkt 8**            **Verbesserung der Schutzwirkung des Fluglärmgesetzes (FluglärmG);  
hier: Stellungnahme zum Entwurf eines Berichtes der Bundesregierung zur  
Evaluierung des Fluglärmgesetzes**  
**Vorlage: 1132/2018**

Der Haupt- und Personalausschuss der Stadt Mainz schließt sich den Einschätzungen und Forderungen der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fluglärmkommissionen (ADF) zum Entwurf eines Berichtes der Bundesregierung zur Evaluierung des Fluglärmgesetzes an.

Der Haupt- und Personalausschuss der Stadt Mainz erklärt seine Bereitschaft, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommission (ADF) in ihrem Bemühen zu unterstützen, Vertretern von Bundesregierung und Bundestag den dringenden gesetzlichen Reformbedarf im Hinblick auf die Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm zu vermitteln und auf entsprechende gesetzliche Änderungen zu drängen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.06.2018.

**Punkt 9**            **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2018**

Ohne Einwendungen nimmt der Haupt- und Personalausschuss von der Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2018 Kenntnis.

**Punkt 10**            **Mitteilungen**

Hierzu sind keine Vorlagen zu verzeichnen.

**Ende der Sitzung: 17:55 Uhr**

gez. Michael Ebling  
Vorsitz

gez. Christoph Sell  
Schriftführung